

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zusage in Dresden oder durch die Post monatlich M. 7000,—  
Einzelnnummer M. 300,—, Sonntagsausgabe M. 400,—.  
Anzeigen-Preise. Die Spalte 20 mm breite Zeile M. 500,—, außerhalb S. 600,—, Familien-  
anzeigen und Erlangung unter Wegfall jeden weiteren Zolls M. 300,—,  
Börzungsplätze laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Barzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neßler & Neßler in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersungene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Belgien fordert beschleunigte Reparationsbesprechungen

Androhung der Zurückziehung der belgischen Truppen bei weiterer Verschleppung der Brüsseler Konferenz durch Frankreich. — Die Arbeiterschaft für Fortsetzung des passiven Widerstands auch während kommender Verhandlungen. — Barbarische Drangsalierung ausgewiesener Familien. — Die Gewerkschaften gegen das Garantieangebot der Industrie.

### Um die Aufstellung eines gemeinsamen französisch-belgischen Programms.

Berlin, 1. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, verlangt in dortigen politischen Kreisen, Belgien habe seiner Forderung eines beschleunigten Meinungsäustausches mit Frankreich über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Reparationsprogramms dadurch Nachdruck verliehen, daß es im Falle weiteren französischen Zauderns mit Zurückziehung seiner Truppen aus dem Ruhrgebiet gedroht habe.

### Baldwin zur Regelung der Reparationen entschlossen.

London, 1. Juni. Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge befaßt sich das britische Schatzamt augenblicklich damit, die britische Reparationspolitik zeitig zu gestalten. Baldwin sei entschlossen, eine Regelung des Problems der Reparationen und interalliierten Schulden zu versuchen, und auf einer unformellen Zusammenkunft von Ministern sei beschloffen worden, die dem Bonar-Law-Plan zugrunde liegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten und mit der nötigen Revision der Zahlenwerte. Das Schatzamt prüfe die Gesamtfrage von neuem, um abzuschätzen, welchen Einfluß die Ruhrbesetzung auf den britischen Plan habe. Die einzige Aenderung, die an diesem Plan gemacht werde, werde die Einziehung abgeänderter Summen sein, wo dies bei den augenblicklichen Bedingungen notwendig sei. (B. T. B.)

### Enthüllung Poincarés über die Anfügsamkeit der Alliierten.

Paris, 1. Juni. „Le Nouvelle“ hat sich durch die gefürchte hasstvolle Auslassung des „Temps“ nicht davon überzeugen lassen, daß zwischen Paris und Brüssel keine Meinungsverschiedenheiten in der Ruhrfrage beständen. Auch „Echo National“ tritt dieser Auffassung bei. „Le Nouvelle“ schreibt: Der fortschreitende Zielungswechsel des einzigen Verbündeten Frankreichs habe in amtlichen Kreisen eine tiefgehende Erregung verursacht. Daher habe man gestern nachmittags eine jener Kommunique veröffentlicht, wie sie nur der Quai d'Orsay zu veröffentlichen imstande sei. Man lese zwischen den Zeilen, daß man in Paris das Ruhrgebiet als produktives Land, in Brüssel dagegen lediglich als Druckmittel betrachte. Es sei klar, daß die französische Regierung entschlossen sei, um es nicht eingestehen zu müssen, appelliere sie an den Patriotismus. (B. T. B.)

## Der Standpunkt der Gewerkschaften zum passiven Widerstand.

### Die Arbeiterschaft für Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Essen, 1. Juni. Eine Konferenz von Führern der freien Gewerkschaften und der Bezirksleitungen nahm nach Vorträgen des Bergarbeitersführers Martin Müller und des Reichstagsabgeordneten Reumann eine Entschloßung an, in der sie betonen, daß der von den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführte passive Widerstand auch während der gepflogenen Unterhandlungen mit der bisherigen Energie fortgesetzt werden müsse. Vorzeitiger Abbruch des Widerstandes würde Unterwerfung unter den französischen Imperialismus und Militarismus bedeuten. Die Arbeiterschaft führe den Kampf nicht für die Reichsregierung und nicht für die deutsche Kapitalistenklasse, sondern für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, also für sich selbst und für das internationale Proletariat. Nach dem Warklura müsse von der Reichsregierung und dem Unternehmertum alles getan werden, um sofort die Gehälter, Löhne und Erwerbsoffensiven und Renten den veränderten Verhältnissen anzupassen und die Steuerungsweise zu beseitigen. Zur Bekämpfung des Erfüllungswillens und zur wirklichen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen seien ganz andere Leistungen der deutschen Kapitalistenklasse erforderlich, als sie im Angebot der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck kämen. Jede irgendwie geartete Antikipation der deutschen Souveränität in den bedrohten westlichen Gebieten würden die Arbeitermassen entschieden bekämpfen. Sie würden sich auch mit einer internationalen Gendarmarie niemals abfinden. (B. T. B.)

### Aufruf der freien Gewerkschaften gegen die Kommunisten.

Essen, 1. Juni. Eine Konferenz der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes mit den Bezirksleitungen erklärte in einem Aufrufe an die Mitglieder der freien Gewerkschaften, daß in der Sache der Arbeiter die Arbeiterklasse die Not des Volkes ausgenützt würde, um unter dem Schutze der Franzosen politische Ziele zu erreichen. Statt die Macht der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen zu härten, entsetzten die Kommunisten unter dem Deckmantel berechtigter Lohnforderungen politische Kämpfe, die zahlreichen Proletariatsleben und Gesundheit kosteten. Es solle versucht werden, die durch unantwortliche Schädlinge vermehrte Not in den Arbeiterfamilien zu lindern. Entsprechende Verhandlungen, die auch berechnete Lohnansprüche befriedigen sollten, seien eingeleitet worden. Die Arbeiter müßten aber aus den letzten Vorgängen lernen und alles daran setzen, die Gewerkschaften zu härten. (B. T. B.)

### „Nicht opportunist!“

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)  
Paris, 1. Juni. Als Antwort auf die Nachricht, daß der Verband der englischen Handelskammern eine Intervention beabsichtige, die darauf hinausgeht, ein internationales Sachverständigenkomitee zu schaffen zur Prüfung der Reparationsfrage, wie der Frage der interalliierten Schulden überhaupt, hat das französische nationale Komitee der internationalen Handelskammern sofort einen Beschluß gefaßt, die Resolution, die auf dem Kongreß der internationalen Handelskammern in Rom gefaßt worden war, anzunehmen, daß es nicht opportunist sei, im Augenblick irgendwelche Anregungen zu geben, um die zwischen den Alliierten und Deutschland bestehende Lage zu klären.

### Völkerbund und Saarregierung.

Paris, 1. Juni. Das „Echo de Paris“ schreibt: Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Grammond hat dem französischen Ministerium mitgeteilt, daß der englische Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, um die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet zu prüfen, auf die Tagesordnung der am 25. Juli stattfindenden Tagung des Völkerbundes gesetzt worden sei. Die französische Regierung werde unverzüglich in London und Genf, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, zu verfahren geben, daß sie ihre Zustimmung zu einem derartigen Verfahren nicht geben kann. Die Ordnung der Regierungskommission vom 7. März sei vielleicht ein wenig ungeschickt verfaßt. Zweifellos werde sie durch eine mit mehr Klarheit verfaßte Ordnung ersetzt werden, aber sicher könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die bis jetzt verhängte Politik fortgesetzt werde. (wfb.)

### Englands Interesse am Saargebiet.

London, 31. Mai. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Es besteht Grund zur Annahme, daß die letzte Saardebatte im Unterhaus und das in der letzten Zeit von der englischen Presse in der Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben werde. Die britische Regierung habe bereits eine Denkschrift an die im Völkerbunde vertretenen Mächte gerichtet, in der zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß eine Art von Unterordnung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder anderfalls die Maßnahmen über die Besetzung der Saar durchgeführt werden, beschleunigt werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund komme. (B. T. B.)

### Die Beamten an der Ruhr gegen die Putschversuche.

Ebersfeld, 31. Mai. Die Beamtenarbeitsgemeinschaft an Rhein und Ruhr, in der alle maßgebenden Beamtenorganisationen zu gemeinsamer Arbeit während des Ruhrstreiks zusammengeschlossen sind, folgte in der letzten Sitzung zur Lage im Ruhrgebiet eine Entschloßung, in der sie feststellt, daß die Putschversuche politisch unverantwortliche Elemente eine riesige Gefahr für die Abwehrbewegung bedeuten. Gerade die Beamten müßten unter den Folgen der vorzeitig zusammenbrechenden Abwehrfront am meisten leiden. Die Arbeitsgemeinschaft warnt die Mitglieder, sich zur Beteiligung an einer solchen Katastrophopolitik verleiten zu lassen, und erwartet von der Reichsregierung und den privaten Wirtschaftskreisen, daß sie in der Lohn- und Gehaltspolitik, in der Bekämpfung des Wuchers und in der Außenpolitik Wege gehen, die geeignet sind, die verzweifelten Volksmassen zu beruhigen. (B. T. B.)

### Streik der städtischen Arbeiter in Köln.

Köln, 1. Juni. Dem wilden Streik der Kölner Straßenbahner haben sich heute sämtliche anderen städtischen Arbeiter angeschlossen. Schlachthof, Ruhrpark, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Theater, städtische Büros und sogar die Friedhöfe, sind vom Ausstand betroffen. Der Streik greift so weit um sich, daß heute morgen die Arbeiter des Beiriedhofes, entgegen dem Beschluß des Betriebsrates, sich weigerten, die Särge aus den Autos auszuladen. Die Schlachthofarbeiter lehnten es ab, das Vieh weiter zu füttern. Die Gewerkschaften aller Richtungen erklären, daß sie mit diesem Streik nichts zu tun haben und daß er gegen ihre Absicht und gegen ihre Beschlüsse zustande gekommen sei. Für die Stadt besteht also gar keine Notwendigkeit, mit einem Tarifkontrahenten über die Velleitungen des Streiks zu verhandeln, da ihr Tarifkontrahent, die Gewerkschaften, gar keine Forderungen vorgelegt hat. Auch die auf einem wilden Betriebsratskongreß gebildete sogenannte Streikleitung hat der Stadtverwaltung offiziell keine Forderungen übermitteln. Der englische Kreisoffizier hat vier Mitglieder der Streikleitung verhaften lassen wegen Verleumdung gegen eine Ordonanz der Rheinlandskommission, nach der ein Streik nur dann proklamiert werden darf, wenn die tariflichen Schlichtungsausschüsse gesprohen haben.

Dollar (Amtlich): 74 750  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 75 000

### Frankreichs Abneigung gegen die Brüsseler Verhandlungen.

Die Ausarbeitung der deutschen Antwort auf die absehbenden Noten der Alliierten, die das erste Entschloßene Angebot nach sich zog, scheint in diesen Tagen lebhaftere Fortschritte zu machen. Schon jetzt dürfte feststehen, daß die deutsche Regierung sich mit dem Gedanken trägt, ihre erwiderten und erweiterten Ausführungen zum ersten Anerbieten bereits in der nächsten Woche in den Hauptstädten der Ententestaaten überreichen zu lassen. Man kann diese Absicht, für die offizielle Mitteilungen sprechen, nicht ohne gewisse Bedenken aufnehmen. Gänzlich von der Wahl des Zeitpunkts der Übermittlung gerade eines so wichtigen Dokuments, wie es das deutsche Ergänzungsangebot darstellt, wird ein wesentlicher Teil des Erfolges ab. Ein Fehlschritt in dieser Hinsicht kann uns leicht größere Nachteile bringen, als irrendetne inhaltliche oder formelle Unebenheit, die sich in ohnehin bei der recht unfreundlichen Kritik, mit der wir es ergebnisgemäß zu tun haben, nie vermeiden läßt. Die Wahl des Zeitpunkts aber, zu dem wir unsere Erklärungen auf den Verhandlungsgang wirken lassen wollen, ist voll in unsere Hand gegeben und es ist von außerordentlicher Bedeutung, die uns günstige Situation mit sicherem Urteil zu erfassen. Ob dieser Augenblick aber bereits in der nächsten Woche eintreten wird, muß entschieden bezweifelt werden. Am Mittwoch werden bekanntlich Poincaré und Theunis sich in Brüssel treffen, um Verhandlungen über ein gemeinsames französisch-belgisches Reparationsprogramm zu pflegen, dessen Kommités für uns vorübergeben, ja vor der Fertigstellung unserer Note von großer Wichtigkeit wäre. Verhält es sich doch so, daß eine Erweiterung des ersten deutschen Angebots nur dann überhaupt Sinn und Zweck hat, wenn wir von einer klaren Vorstellung der gegnerischen Forderungen dabei ansachen können. Die nur vorkommende Kritik, von denen die ablehnenden Noten Poincarés und Bonar Paws beherricht waren, boten keinerlei bestimmten Anhalt für das, was Frankreich oder England eigentlich wollen. Die französisch-belgische Ausdrucksweise scheint aber, wenn sie nicht ganz hinter verschlossenen Türen vor sich gehen sollte, nach den vorliegenden Anzeichen uns eine positive Unterlage für die Reparationsgedanken wenigstens dieser beiden Länder zu bringen, deren Auswertung für den Erfolg unserer Note ins Gewicht fiel.

Die Grundlage der Brüsseler Erörterungen wird ein belgisches Reparationsplan bilden, der von der Pariser Presse bruchstückweise veröffentlicht worden ist. Nach diesem Plan soll Deutschland angeblich dazu veranlaßt werden, sich für 60 Jahre zu einer jährlichen Leistung von 2 Milliarden Goldmark zu verpflichten, von denen 1,9 Milliarde durch die Monopolisierung von Alkohol, Zucker, Tabak, sowie durch Verpachtung der Eisenbahnen zu erbringen wäre, während der Rest in Kostentiefen geleistet werden müßte. Dazu sollte eine 25-prozentige Beteiligung an der deutschen Industrie treten, die eine Zulassung von unbestimmter Höhe garantieren. Weiterhin ist nach den französischen Quellen im belgischen Plane von der Bekanntheit der Ansprüche beider Länder für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und von der Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung unter eventueller Verschärfung der Blockade die Rede. Man wird auf den ersten Blick ohne weiteres feststellen können, daß diese Gedankenansätze keineswegs die unerwünschten Ideen des belgischen Kabinetts bilden, die der französischen Presse zu einer scharfen Kampfstellung gegen Theunis und Aspar An-

### Für die Reisezeit!

Wer die Nachsendung der Dresdner Nachrichten nach den Sommeraufenthaltsorten wünscht, muß dies rechtzeitig, mindestens

### 4 Tage vor der Abreise

bei unserer „Verfandabteilung“ beantragen.

- A. Für Bezahler, die die Zeitung durch Austräger erhalten und die Ueberweisung der Zeitung durch die Post wünschen, beträgt die Gebühr für jeden angefangenen Monat 30 Mark.
- B. Postbezieher beantragen die Nachsendung bei dem Postamt, durch das sie die Zeitung bisher geliefert erhielten; die Gebühren betragen für jeden angefangenen Monat M. 60.—
- C. Auf Wunsch werden auch Kreuzbandsendungen ausgeführt; Auskunft erteilt unsere Verfandabteilung. Die Gebühren sind in jedem Falle im voraus zu bezahlen.

### Dresdner Nachrichten

Verfandabteilung.

Marienstraße 38/40.

Telephon: 25241.

Ich geben, bevor sie überhaupt auf das Materielle der belgischen Vorläge einging. Vielmehr dürfte es so sein, daß Frankreich das belgische Memorandum in seinem eigenen Sinne verfaßt und dreht, um durch diese Verdrehungen die erwünschte Plattform für die bevorstehenden Brüsseler Verhandlungen zu schaffen und seinen Plänen von vornherein das Übergewicht zu sichern. Dafür spricht vor allem die absolute Unmöglichkeit der Höhe der Forderungen, die sich so gut wie gar nicht von der des Vondoner Zahlungsplans entfernt und die von Theunis und Jaspar, die beide als finanziell geschulte Köpfe realitätsföher denken als Poincaré, seit langem nicht mehr gebilligt wird. Um solche Utopien nun hundertfach Male zu erörtern, hätten die belgischen Minister kaum auf eine neue Konferenz gedrungen, der dazu noch die Franzosen wachsam in aufsehenerregender Weise aus dem Wege zu gehen suchten. Was hätten diese überdies von einer Konferenz zu fürchten brauchen, für die ein Plan zur Erörterung anhand der ihre eigenen Hauptinhalte in der Tat die Aussprache mit den belgischen Ministern von dem Augenblick an, in dem der Gedanke an eine solche Zusammenkunft und Gerüchte über einen neuen belgischen Reparationsentwurf aufkamen. Die Pariser Presse bemühte sich eifrig, die Konferenz zu hintertreiben, indem sie darauf verwies, daß Theunis doch durch die wichtigen Debatten über die Militärverträge in der belgischen Kammer und daß Jaspar durch Krankheit an der Teilnahme verhindert seien. Als beide daraufhin unverzüglich ihre Verhandlungsbereitschaft bekanntgaben, machte sich Poincaré auf die Reise nach dem Elsas, von wo er vor Mitte nächster Woche nicht zurück erwartet wird. Das alles geschah doch nur deshalb, weil man am Ende d'Espas den neuen belgischen Reparationsplänen, die in Wirklichkeit ein ganz anderes Aussehen haben müssen, als der „Matru“ und die übrige Presse Poincarés glaubhaft machen wollte, eine besondere Gefährlichkeit beizumessen, und weil man jede gescheiterte Auseinandersetzung und jede Beeinträchtigung der wahrhaftigen französischen Gewaltpläne vermeiden mochte. Zudem haben es sich ja die Franzosen bereits beim ersten deutschen Angebot angelegen sein lassen, den deutschen Schritt von vornherein zu diskreditieren, eine Methode, die sie jedem weiteren deutschen Schritt gegenüber feinesfalls preisgeben möchten. Aus diesem Grunde erkläre sie eine direkte Gefahr darin, wenn Deutschland durch eine belgisch-französische Aussprache und durch ein festes belgisch-französisches Programm, das vor Uebergabe der zu erwartenden deutschen Note imstande käme, in die Lage versetzt würde, den Pariser Bündnissen so weit entgegenzukommen, daß eine schroffe Ablehnung nicht mehr möglich wäre. Denn nur aus der Ablehnung, nur aus der Verneinung, nur aus der Vereitelung der endgültigen Lösung der Reparationsfrage ergibt sich nach den Auffassungen der Pariser Regierung eine brauchbare Basis für die Verfolgung ihrer feindseligen Machtpläne.

Es ist die Aufgabe der deutschen Regierung, bei ihrer Vertretung des neuen Angebots diesen Sachverhalt nicht außer acht zu lassen. Nämlich sie trotz dem, daß von Beginn der für den 6. Juni angelegten Brüsseler Aussprache, ihre Note den Alliierten überreichen zu lassen, so würde sie sich einer wertvollen Möglichkeit der Ausdehnung des Angebots geben und würde außerdem den Brüsseler Unterhändlern es sehr leicht machen, abermals lediglich eine zerlegende und herabwürdigende Kritik an Deutschlands neuen Vorschlägen zu üben, ohne selbst einen positiven Plan zu entwerfen. Das muß unbedingt vermieden werden, wenn nicht ein unfruchtbares Hin und Her die Regelung des Gesamtproblems gefährden soll. Frankreich muß einmal Farbe bekennen, wie es sich die Abwicklung der Reparationsfrage denkt, muß bündig bekennen, was es unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten fordert und muß, wenn es schon bei seiner albernem Machtpolitik zu verharren gedenkt, sich selbst offenkundig in Gegenwart zur vernünftigen denkenden Welt zeigen. Das wird es schwerlich vermeiden können, wenn es, wozu es sich nunmehr verpflichtet hat, demnach in Brüssel erscheint und zu den wirklichen belgischen Vorschlägen Stellung nehmen muß, ohne daß ihm dabei durch ein neues vornehmliches deutsches Angebot die Möglichkeit gegeben wird, die Debatte auf ein ganz anderes Gleis zu schieben.

### Die Brotversorgung in den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 1. Juni. Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem **Geheimtats zur Sicherung der Brotversorgung** und nahmen mit 28 Stimmen bei einigen Stimmhaltungen folgenden Antrag an: Die Ausschüsse drücken die bestimmte Erwartung aus, daß die für die Brotversorgung zur Verfügung zu stellenden Beträge in keinem Falle über die Summen hinausgehen dürfen, die tatsächlich für diesen Zweck beschafft werden. Der Fortsetzung der Brotzuschüsse mit den Mitteln der Roten Kasse würden die beiden Ausschüsse auf das entschiedenste widersprechen. — Es wurde ferner beschlossen, daß die Deckung der fortdauernden Brotzuschüsse in vollem Umfang von dem Reich zu tragen sei. Daher seien bei der Erhebung der Zwanzsanleihe die zur Deckung der Brotzuschüsse wirklichen erforderlichen Gesamtsummen, sowie das Geldentwertungsmoment unbedingt in Betracht zu ziehen. — Mit geringer Mehrheit wurde der von den Arbeitgeberern der Landwirtschaft gestellte Antrag angenommen: Bei der Aufstellung der etwa erforderlichen weiteren Mittel ist darauf zu sorgen, daß wegen der Belastung des Vermögens und Wertes auch eine entsprechende Heranziehung aller tragfähigen Schultern mit Ausnahme der Lohn- und Gehaltsempfänger bewirkt werde. — Mit diesen Änderungen wurde der Gesetzentwurf im ganzen gebilligt.

### Das Ergebnis der preussischen Kall- und Roggenanleihen.

Berlin, 1. Juni. Der Hauptauschuss des preussischen Landtages begann heute die Vorberatung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Finanzminister machte ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis der Kall- und Roggenanleihen. Das Ergebnis der drei Kallanleihe wurde einmal, die zweite Kallanleihe sechsmal und die Roggenanleihe viermal überzeichnet. Roggenanleiheverträge über 100.000 Renten sind abgeschlossen worden. Zur Verzinsung und Tilgung der Roggenanleihe sind nur 12.000 Renten, zur Verzinsung der Kallanleihe nur 6000 Renten erforderlich. Der Restbetrag des Haushalts belief sich auf rund 100 Milliarden. Der Minister stellte ein reichhaltiges Geldentwertungsgeleit in Aussicht, nach dem auch die Lage der Grundsteuer der Wertentwertung angepaßt werden.

### Deutsch-litauischer Staatsvertrag.

Berlin, 1. Juni. Die im November eingeleiteten Verhandlungen mit Litauen über die Ausgleichung der aus dem Kriege herrührenden Fragen haben zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt. Beiderseits wurde der darüber abgeschlossene Staatsvertrag von dem litauischen Gesandten in Rom, General Schauliis, und dem deutschen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Mallat, sowie Vizepräsident Dr. Krull, der die Verhandlungen geführt hatte, unterzeichnet. Dr. Schauliis hat sich von hier nach Dresden begeben.

### Holländerungen französischer Flugzeuge bei Nürnberg.

München, 1. Juni. Laut „M. R. N.“ erfolgten in den letzten Tagen in der Nähe von Nürnberg zwei weitere Holländerungen französischer Flugzeuge, die der gleichen Gesellschaft wie das kürzlich bei Schwabau gelaufene gehören. Die Flugzeuge wurden samt ihren Ladungen beschlagnahmt und die Führer festgehalten. Das Blatt meint, es scheint ein System in diesen Vorfällen zu liegen; entgegen der klaren Rechtslage solle offenbar die Souveränität Deutschlands verletzt und ein Grund zum Streit gesucht werden.

## Die Beamtenverfolgungen der feindlichen Kriegsgerichte.

**Bis Mitte Mai über 443 Jahre Gefängnis** (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Juni. Die französischen und belgischen Kriegsgerichte haben nach den bisherigen Meldungen seit dem Ausbruch des Weltkrieges über 443 Jahre Gefängnis, preussische, bayerische, belgische und baltische Staats- und Gemeindebeamte, Freiwirtschaftler in einer Gesamthöhe von 418 Jahren, acht Monaten und Geldstrafen in der Gesamthöhe von 164 545 000 Mark verurteilt. Ueber die gegen Privatpersonen ausgesprochenen Verurteilungen liegen noch keine abschließenden Zahlen vor. Rechnet man allein die Strafen des Krupp-Prozesses und des Düsseldorf-Kriegsgerichts hinzu, so kommt man zu folgenden Zahlen: Freiwirtschaftler in einer Gesamthöhe von 618 Jahren, 2 1/2 Monaten und Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 184 545 000 Mark; außerdem zum Tode verurteilt einer, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit einer.

### Neue barbarische Ausstreibungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Essen, 1. Juni. Die Ausstreibungen sind weiter im Gange. In Dürren machten am 5. Mai 178 Familien in einer Frist von vier Stunden die Wohnungen verlassen. Am 7. Mai wurden in Ohraug die Straßen durch französische Gendarmen, Karoffaner und berittene Spahis abgesperrt. Gendarmen forderten die Eisenbahner auf, die Arbeit anzunehmen und sich sofort zu erklären. Auf das Nein, das sie überall erhielten, gaben sie Befehl, binnen 15 Minuten die Dienstwohnungen zu verlassen und nur die notwendigen Wäsche- und Kleidungsstücke mitzunehmen. Miniere von Wasser, Ebstrecken, Schirmen, Stöcken, Kinderwagen wurde verboten. Das Vieh durfte nicht fortgeschafft werden. Kinder durften keinen Kaffee bekommen. Miniere von Kaffee und Butterbrot für erkrankte Kinder wurde verweigert. Nach 15 Minuten wurden vierzig Familien, zusammen 150 Personen, in einem bereits bebenden Zug abgeführt. Auf dem Abtransport wurde der Zug in Poppard durch einen ausfahrenden Güterzug schwer gefährdet, der auf einen Weiter Abhand zum Halt kam. Die Leute waren zum Teil schon aus den Wägen gesprungen. Von Dies aus mählten die Ausgewiesenen den Weg zur Grenze zu Fuß zurücklegen. Unterwegs wurde auf dem Transport die Miniere von Wasser verboten. Trotz aller Drangsalierungen ist kein Verdienst seiner Pflicht untrennbar geworden. In Bonn wurden am 8. Mai 180 Familien mit einer Frist von vier Stunden aus ihren Wohnungen vertrieben. Bei dem rücksichtslosen Vorgehen handelte es sich offenbar um eine allgemeine Anweisung der Rheinlandkommission.  
Eibersfeld, 1. Juni. Ein ganz rücksichtsloser Fall der Ausweisung ereignete sich im Bezirk Erier. Dort wurden am 29. Mai 12 Eisenbahner von der Straße weg verhaftet und mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, zu folgen. Sie kamen so, wie sie waren, ohne Blumen und Hut im Arbeitskleid, zum Teil ohne Kragen und Out, in

Gerne, 1. Juni. Eisenbahnschreiber Ramtus aus Gerne wurde von den Franzosen verhaftet, weil er Streit mit einem in seinem Hause wohnenden Polen (1) hatte. Er wurde nach Weicklinghausen gebracht. (W. T. B.)  
Eisen, 1. Juni. In Wälheim a. d. R. wurde der Eisenbahnassistent Eubr verhaftet. (W. T. B.)  
Ein Todesopfer französischer Rücksichtslosigkeit.  
Bonn, 1. Juni. Heute nachmittag fuhr ein französisches Panzer-Auto in schnellem Tempo durch die Hochstraße. Beim Einbiegen in die Bongardstraße verlor der Fahrer die Herrschaft über seinen Wagen und stürzte auf den Bürgersteig in die dort liegende Menge. Ein junges Mädchen wurde getötet, ein zweites trug eine schwere Quetschung davon. Eine französische Kommission beschäftigte den Toten und stellte Nachforschungen an. (W. T. B.)

### Protest gegen die Verhaftung Senzeng.

Düsseldorf, 1. Juni. Der derzeitige Stellvertreter des Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Tlemann richtete an General Devigne folgendes Schreiben:  
Oberregierungsrat Senzeng wurde am 30. Mai in seiner Wohnung verhaftet und daraufhin ausgewiesen. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Düsseldorf-Regierung erklären einmütig, daß sie einen Rechtsgrund für die Verhaftung und Ausweisung dieses pflichttreuen Beamten nicht anerkennen. In voller Uebereinstimmung lege ich daher gegen diese Maßnahme der Besatzungsbehörde scharfste Verwahrung ein. (W. T. B.)

### Zwei Amtsgerichtsräte ausgewiesen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Dresden, 1. Juni. Ausgewiesen wurden die Amtsgerichtsräte Kleinhardt und Dr. Vos.

### Vorläufig noch keine Revisionsverhandlung im Krupp-Prozess.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Paris, 1. Juni. Die Davaq-Agentur teilt mit, daß die Revisions der Krupp-Prozesses beschäftigt, nicht den Tatsachen entspricht. Man könne noch nicht voraussagen, zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen vor der Strafkammer des Kassationshofes stattfinden würden.

### Dr. Wiedfeld kehrt zu Krupp zurück.

Essen, 1. Juni. Wie verlautet, soll die Rückkehr Dr. Wiedfelds, des gegenwärtigen deutschen Botschafters in Washington, zur Übernahme seines früheren Postens in der Direktion der Friedrich-Krupp-Werke A. G. im Laufe des Monats Juli zu erwarten sein.

### Die Denunzianten Schlageter verhaftet.

Berlin, 1. Juni. Wie die „Mitt. Allg. Stn.“ meldet, sollen die beiden Denunzianten, die den Leichnam von Schlageter hingemordeten, verhaftet worden sein. Nähere Einzelheiten konnten aber noch nicht mitgeteilt werden.

## Gegen das Garantieangebot der Industrie.

### Die Gewerkschaften gegen das Garantieangebot der Industrie.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Juni. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband freier Angeleiteter, der Allgemeine deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände haben zu dem Memorandum der Industrie in einer Note beträchtlichen Umfangs Stellung genommen, die sie heute dem Reichsanwalt überfanden. Einleitend erklärte man, daß die Gewerkschaften zwar nicht zu einer Neuerung aufgeführt seien, daß aber die Bedeutung der angeschnittenen Fragen sie veranlasse, ihre Meinung zu äußern. Zur Sache selbst wird dann ausgeführt, daß die Rücknahme der Industrie auf ihre Interessen die Interessen der Gesamtheit viel zu kurz kommen lasse. Es falle auf, daß nach Meinung des Reichsverbandes aus den staatlichen Pfandbeständen bis eine Milliarde solle herausgewirtschaftet werden können, während die gesamte Wirtschaft nur eine Höchstsumme bis zu 500 Goldmillionen aufrufen könne.

Die Möglichkeit, über diese Wünsche zu diskutieren, habe sie doch tatsächlich in keiner Weise verbannt. Ein Ton aber, wie ihn die Gewerkschaften in ihrer Note anschlugen, könne nicht viel Öffnung auf eine erpichtliche Zusammenarbeit, was unbedingt notwendig sei, machen.

Eine solche Art, Bereitwilligkeit zu schweren Opfern abzuverlangen, könne nur dazu führen, daß die Industrie es bedauern müsse, überhaupt ein Angebot gemacht zu haben.

Soziale und wirtschaftliche Einsicht scheinen den Gewerkschaften abzugehen, nicht der Industrie. Sie habe erklärt, am vernünftig durchgeführten Abstimmungstag nicht rücheln zu wollen, und halte daran auch fest. Es sei doch eigentlich möglich, darüber zu debattieren, ob die Wirtschaft zu einer alle Kraft verlangenden Höchstleistung fähig sei, wenn ihr die Arbeiterschaft hier die Gefolgschaft versage.

Essen, 1. Juni. Zum Angebot des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte eine Revierversammlung des alten Bergarbeiterverbandes, der größten Organisation der Bergarbeiter, daß die in dem Angebot enthaltenen Forderungen der Industrie eine sehr starke Bedrohung dessen darstellten, was die Arbeiterschaft auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete errungen habe, daß der Verband sich zu der ersten Erklärung genötigt sehe, daß er sich der Verwirklichung dieser Pläne mit allen Mitteln widersetzen würde.

Dadurch, daß das bewegliche Vermögen überhaupt für die Garantieleistungen nicht in Frage kommen solle, verliere das Garantieangebot seinen Hauptwert, um so mehr, als auch die Verpfändung des Sachvermögens an zu viele Voraussetzungen geknüpft werde. Es sei treffend, wenn der Reichsverband den Kapitalwert der von der deutschen Privatwirtschaft zu garantierenden Jahresleistung nur auf die Hälfte seines gegenwärtigen Verkaufswertes schätze. Die grundsätzliche Verhaltung des Staates von der privaten Wirtschaft zu sein und verteilt sei unmöglich. Die Zwangsverpflichtung sei bereits stark gelodert und behände haussächlich nur noch in Verteilungsvorschriften. Eine sofortige Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften sei untragbar. Die Forderung nach einer Beschränkung der Staatsgewalt auf das zivilisatorische in wirtschaftlichen Streitigkeiten sei ein so großer Mangel an sozialer Einsicht, daß es schwer falle, diesen Mißfall in das trübselige Mandatertum sachlich zu charakterisieren. Eine Hebung der Steuermoral sehe voraus, daß die Industrie und die übrigen Wirtschaftskreise darauf verpflichtet, noch länger Nutznießer der Wertentwertung zu sein. Die Gewerkschaften bringen dann an dieser Stelle Richtlinien zu einer Steuerreform vor, unter denen die allgemeine Quellenbesteuerung im Sinne einer Erhaltung der Sachwerte, die allein die Inflation erfolgreich bekämpfen könne, die Hauptrolle spielt.

### Die Ausführungen des Reichsverbandes über die Steigerung der Arbeitsleistung lassen die Gewerkschaften zu dem Schluß kommen, daß die Industrie auf gezielte Verpfändung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit hinaus wolle.

unterstützt durch unbefristetes Entlassungsrecht der Arbeitnehmer. Das bedeuete die Abwälzung des dem Reich aufzuerlegenden Teiles der Reparationslasten auf die Arbeitnehmers, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verwirrung der dem Ausland geschuldeten Milliarden aufzubringen hätten. Mit dem Versuch der Durchführung solcher Forderungen müßten unlagbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe entstehen. Denn die Gewerkschaften könnten eine solche Entziehung der Arbeitnehmer niemals dulden. Aufkommend wird dann erklärt, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparationen nicht gegeben sei.

### Die Antwort der Industrie.

Soweit man sich noch heute von Industrielesse zu diesem Schritt geäußert hat, wird gesagt, daß der Vorwurf, den die Gewerkschaften, sozialdemokratische und auch demokratische Partei, gegen den Reichsverband der Industrie erhoben, sich die Rolle einer Nebenregierung anmaßen zu wollen, in verstärktem Maße auf die Gewerkschaften zurückfallen müsse, die nach dem Brauche souveräner Staaten, mit der Reichsregierung den Meinungsaustausch in Notenform zu vollziehen für geeignet halten.

Die Industrie habe geglaubt, der Regierung zur Klärung der außenpolitischen Situation ihre Hilfe anzubieten zu müssen. Es sei bedauerlich, daß man jetzt diese Bereitwilligkeit benutzen wolle, um das Alarmsignal zu sozialen Kämpfen zu geben, die von den schwersten Folgen begleitet sein müßten. Die Industrie habe ja in keiner Weise die an ihr Angebot geknüpften Wünsche als unumstößliche Forderungen aufgestellt.

### Keine Entlassung der deutschen Wirtschaftssubstanz.

Berlin, 1. Juni. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie gab Vertretern der Presse noch einmal eine Darlegung über die Beweggründe, die es zu dem Schreiben an den Reichsanwalt veranlaßt hatten. Es wurde betont, daß dieses Schriftstück nur als Gutachten der Artie gelten soll, die der Reichsverband vertritt. Mit besonderem Nachdruck wurde noch einmal vor der Entlassung der deutschen Wirtschaftssubstanz auf Reparationszwecke gewarnt. Die deutsche Wirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie entweder direkt Substanz an das Ausland abliefern sollte, oder wenn man sich dazu entschließen würde, die deutsche Zollhoheit durch das Ausland einschränken zu lassen.

### Englische Auffassungen über den neuen Marktsurz.

London, 1. Juni. Die englischen Zeitungen beschäftigen sich lebhaft mit dem neuesten Zusammenbruch der Mark. Der höchste Tiefstand der Mark, der den der Österreichischen Krone übertrifft, wird damit begründet, daß es die Reichsbank aufgegeben habe, die deutsche Währung zu stützen, und sich ein für allemal weigere, Gold aus ihren Beständen zu weiteren Stützungsaaktionen zur Verfügung zu stellen. Einige Blätter behaupten, daß der neue Zusammenbruch der Mark die in englischen Wirtschaftskreisen verbreitete Meinung nur noch weiter verstärken werde, Geschäfte mit Deutschland nur noch in irgendeiner wertbeständigen Währung zu machen.

### Der Nationalliberale Verband Englands verurteilt die Befehle des Ruhrgebiets.

London, 31. Mai. Die heutige öffentliche Schlußsitzung des Nationalliberalen Verbandes in Buxton befaßte sich u. a. mit der Befehle des Ruhrgebiets. Bonham Carter, die Tochter Aquiths, die Präsidentin des Nationalliberalen Verbandes der Frauen ist, brachte eine Entschließung ein, die die Befehle des Ruhrgebiets verurteilt und die Verhärte und ansehende Impotenz der britischen Regierung angesichts dieser ersten Bedrohung der Interessen der Nationen sehr bedauert. Bonham Carter erklärte: Wir alle sympathisieren mit den französischen Bedürfnissen und den französischen Befürchtungen, wir bedauern und mißbilligen jedoch die französische Weisheit. Frankreich hat die menschliche Natur vergessen. Welche Vorteile hat es, die deutschen Küstungen herabzusetzen, wenn man an jeder deutschen Grenze ein Arsenal erbaut? Die Entschließung wurde gegen nur eine Stimme angenommen. (W. T. B.)

### Ruhrarbeitervertreter im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Juni. Western waren 120 bis 180 Arbeitervertreter aus dem Ruhrgebiet im Reichstag versammelt. Die Minister Severing und Dese waren aufgefordert worden, in der Verammlung zu sprechen. Sie haben dies aber abgelehnt, sich dagegen bereit erklärt, eine Deputation zu empfangen.

Heraus mit der Wahrheit im Bild!

Unter vorantretender Ueberschrift verbreitet die „National- liberale Korrespondenz“ folgende äußerst beherrschenswerte Ausführungen über die Notwendigkeit bildmässiger Aufklärung im In- und Auslande:

In ganz Deutschland ist das für das „Deutsche Volkswort“ verbundene Plakat von Professor Arthur Kampf bekannt. Das Bild mag bei der Betrachtung verschiedene Gedanken anregen und wohl auch dem geschulten propagandistischen Blick mancherlei zu sagen haben — in jedem Falle heisst es aber für den Vaterlandsliebenden: Gib, soweit Du vermagst, für unsere Tapferen an Rhein, Ruhr und Saar!

Welche Einfälle das Bild bei einem polnischen Beobachter auslöste, darüber berichtet kürzlich das Allensteiner polnische Deblatt „Gazeta Dziennikowa“ wie folgt:

„Das Bild stellt einen deutschen Arbeiter dar, der das Gesicht schmerzhaft verzerrt. Auf dem Gesicht sieht man drei blutige Striemen, die angeblich von einer französischen Kettpeitsche herrühren. Charakteristisch dieses Plakats nicht den geistigen Zustand im deutschen Volk zur heutigen Zeit? Das Plakat hat doch wohl den Zweck, den Dämon zu wecken, denn Mittel und Zweck sind ein Volk, das sich in dieser Weise malträtieren läßt, nicht wecken. Es gibt kein zivilisiertes Volk, das auf diese Weise an einem wehrlosen Menschen sein Mitleiden fühlen würde, und es gibt kein zivilisiertes Volk, das angeben würde, daß man an seinen Bürgern auf solche Weise sein Mitleiden fühlte. Einen ungehorsamen Hund prügelt man nämlich mit der Peitsche, einem Menschen gegenüber kann man aber die Peitsche doch wohl nur in Ausnahmefällen anwenden, wenn er sich lärmend, gemein, verbrecherisch benimmt, wenn er es durch sein Benehmen verdient, wie ein Hund behandelt zu werden. Wenn man einen wehrlosen Deutschen auf diese Weise unschuldig geprügelt hat, dann müßte das die Deutschen beweisen, und müßte sie auf Grund realer Beweise von der Meinung der gestitzten Welt Genugthuung verlangen, müßte sie aber durch solche Plakate nicht sich selbst Abbruch tun. Wo und wofür ist jemand von den Franzosen mittels der Peitsche im Gesicht bis aufs Blut geschlagen worden? Wo sind die realen und berechneten Beweise dafür?“

Man könnte versucht sein, diese Auslassungen des Polenblattes, wie man so sagt, „niedriger zu hängen“, um es dabei bewenden zu lassen. Diese bequeme Art scheint uns jedoch um so weniger angebracht zu sein, als hier eins von den vielen Beispielen vorliegt, wie die polnische Presse im deutschen Osten — nicht zu vergessen das Berliner Polenblatt „Dziennik“ — bezieht ist, mit den reichspolnischen Blättern in Tributdankbarkeit gegenüber Frankreich zu wetteifern und sie womöglich in Deutschfeindschaft noch zu überbieten.

Frankreich will's so! Umsonst auch es keine Rüstungskredite an seine Vasallenstaaten, insbesondere auch Polen, und ebenso wenig an die Reichen der französischen Propagandageneräle für nichts und wider nichts vorstatten, es sei denn, um vor aller Welt zu demonstrieren, wo die deutsche Reparationsforderung bleibe: nämlich nicht in den Ufen und so oft durch die französische Propaganda berufenen „zerstörten Gebieten“, die längst mit der deutscherseits so vielfach angebotenen Hilfe wiederhergestellt sein können, wenn man in Frankreich eben nicht gerade für dieses Hauptverbrechen der französischen Propaganda gefürchtet hätte! Was weiß die Welt demgegenüber von unsern „zerstörten Gebieten“ und von den Verwüstungen, die nach dem Siege an Leib und Seele des Deutschen angerichtet sind unter dem französischen Schanzgraben? Gagner la paix! Wie wäre es, wenn die deutsche Aufklärung — soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann — sich einmal für die Zwecke des Auslandes, das darnach verlangt, dieses Faktums bemächtigte und in Bild und Statistik darlegte, welche Verwüstungen am deutschen Volkswort sowie in seinen Landesherrschaften während und nach dem Siege ausgeführt worden sind? Dabei würde man unserm Empfinden nach gut daran tun, daß der Begriff „malträtieren“ nicht hervorgehoben wird — die Selbstkatharsis bringt mehr ein! Ueberlassen wir es derweil den französischen Vaganten und Missionen in Polen sowie insbesondere dem Warschauer „Journal de Pologne“, sich mit „Gazeta Dziennikowa“ darüber auseinander zu setzen, in welche Verleumdung ein „zivilisiertes“ Volk wie Frankreich durch allzu eifrige polnische Blätter gebracht werden kann angesichts des Genueser Mordmordes oder der Verdener und Mailänder Justizverbrechen!

Eine Aufforderung des Allensteiner Polenblattes aber müßten wir nicht unbeachtet lassen, die nämlich, der Welt reale und berechnete Beweise zu bringen über das, was an Rhein und Ruhr vor sich geht. Und weiterhin: von der Meinung der gesamten zivilisierten Welt Genugthuung zu verlangen. Das ist es! Darauf kommt es an! Nicht mehr immer nur in Abwehrhaltung beharren, sondern zum Gegenangriff, bildlich gesprochen, übergehen! So in aller Welt, so fragen auch wir, und a. W. die für die Aufklärung zum Teil recht wirksamen Bilder von der Ruhr, die feineracht auf der Frankfurter Messe gezeigt worden sind? ... Darum, heraus mit unserem Bildmaterial, das die Wahrheit über Rhein, Ruhr und Saar bringt! Wenn es noch eines Aufhohes dazu bedarf, so wolle man sich daran erinnern, daß wir den Verlust des Weltkrieges neben manchem anderen der Feindpropaganda auszufrieden haben. Deuten wir daran bei dem deutschen Lebenskampf, der heute an Rhein, Ruhr und Saar geführt wird.

Der Kampf ums Deutschtum in der Tschechoslowakei.

Von unserem nordböhmischen Mitarbeiter.

Während der deutsche Gedanke gegenwärtig einen harten Kampf auf Tod und Leben in allen Teilen der Welt zu bestehen hat, führt gleichzeitig drüben in der Tschechoslowakei das Deutschtum ein zähes Ringen um seinen Bestand. Seit mit Veranlassung des Krieges der österreichisch-ungarische Staat zerfallen und durch den Friedensvertrag den Tschechen die Herrschaft über Böhmen zugesprochen worden ist, trachtet man dort alles, was deutsch ist, zu schmälern und auszurotten. Es ist ganz auffällig: Seit einiger Zeit erscheinen in den tschechischen Tageszeitungen Prags spaltenlange Klagen über die Leiden der tschechischen Minderheiten in den deutschen Gebieten. Diese sind derart mit Einzelheiten ausgestattet, daß sie dem Nichteingeweihten glaubwürdig erscheinen müßten. Ihr Zweck liegt aber nur zu klar auf der Hand. Man will die Klagen gegen die deutsche Bevölkerung scharf machen. Damit die Klagen der tschechischen Minderheiten, die in Nordböhmen fernab von der Tafel des Herrn sitzen, auch wirklich an das Ohr der Regierung dringen und sich nicht wie bisher im totalen Sande verlieren, hat die Prager tschechische Presse in Nordböhmen eine

regelrechte Lamentopropaganda

entfaltet, die sie hinreichend mit Material versorgt. Doch scheint der viele Wurm, der tatsächlich am nichts geführt wird, bei der Regierung nicht die erwünschte Wirkung auszulösen, wenigstens hat sich eine Abordnung der tschechischen Minderheiten von Falkenau, Kuttig, Elbogen und Karlsbad kürzlich auf den Weg nach Prag gemacht, um dem Ministerpräsidenten persönlich Veld zu klagen.

In Wahrheit ist es durchaus nicht nötig, derlei Druck auf die Regierung auszuüben. Die Schwächung des Deutschtums in der Tschechoslowakei war von jeher ihr oberstes Ziel, und das hat sie rücksichtslos verfolgt vom ersten Tage ihrer Herrschaft an.

Drei Schläge hat sie bisher gegen das Deutschtum geführt:

die Errichtung von Minderheitsschulen, die Enteignung des Bodens und das Schutzh Gesetz. Von diesen dreien ist das erst jüngst verabschiedete Schutzh Gesetz wohl die kräftigste Waffe. Denn in seinem Schutze ist jedes Mittel gebräuchlich, das die Ausrottung des Deutschtums zum Zwecke hat. Natürlich wird von ihm auch in ausgiebiger und rücksichtsloser Weise Gebrauch gemacht. Was heute im Reich des Schutzh Gesetzes in Deutschböhmen unternommen wird, ist ein Echo auf den Gedanken der Demokratie und nationalen Gleichberechtigung. Werkwürdiger Weise wird darüber in der reichsdeutschen Presse so gut wie nichts bekannt. Es mag sein, daß die großen politischen Fragen hier gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehen, trotzdem dürfte man im Reiche nicht gänzlich achtlos an dem deutschen Kulturkampfe der Brüder im Böhmerlande vorübergehen.

Auf Grund des Schutzh Gesetzes setzte vor wenigen Wochen in Deutschböhmen eine

wüste Bilderflurerei

ein, die jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Ihm stellen die zahlreichen Kaiser-Franz-Josefs-Denkmal zum Opfer. Vor Entfernung des Standbildes in Barnsdorf wurde es von unbekanntem Händen mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe geschmückt, die in großen Lettern die Inschrift trug: „Aus den Augen — hinaus aus dem Herzen!“ Wahrscheinlich ein trendenischer Schurke! In Reichenberg sollte an die Stelle, wo das Denkmal 30 Jahre stand, eine Tafel mit der Aufschrift angebracht werden: „Hier handelte ein Denkmal Kaiser Josef II., des Bauernbefreiers“, doch will der Stadtrat auf dem Stande die Büste Schillers aufstellen lassen. Ueberall sucht die deutsche Bevölkerung selbst durch die enge Masche des Schutzh Gesetzes hindurch seinem deutschen Empfinden unentgeltlich noch Ausdruck zu geben. In Eger, Pilsen, Pöberitz, an allen Orten mußten die Denkmal-Beisteller werden. Bald wird auch das letzte verschwunden und § 2 des Schutzh Gesetzes rechtlos erklärt sein.

Sind in Hand mit solcher Verdrängung deutscher Kultur geht die Hervorhebung des tschechischen Gedankens. Dabei kommt es den Tschechen am ehesten darauf an, den deutschen Orten rein äußerlich schon ein tschechisches Gepräge zu geben, und sie enthalten darin gerade in den Grenzgemeinden eine übertriebene Tätigkeit. Offenbar soll der Ausländer, wenn er die Grenze überquert, in dem Glauben geirrt werden, er befände sich in einem tschechischen Lande. Potentilische Dörfer bauen die Tschechen längs der tschechischen Grenze auf, wenn sie in den Grenzabteilungen alle Bezeichnungen in tschechische Sprache überlegen. Waren mit 21-Stundenzeit anbringen, die Straßenschilder tschechisch halten u. a. m. Das ist einem jahrelangen radikalen Ueberseier in es gelungen, längs der Grenze das alte Deutschtum mit tschechischer Tünche oberflächlich zu befrachten. Man geht darin nicht nur so weit, daß man sämtliche Ortsnamen, auch die urdeutschen, ver-tschecht, sondern führt sich auch dazu bemüht, daß man die Gemeindevorstellungen, wie

z. B. in Gaida, zwängt, Körnertrahen und Hölzgertrahen umstapeln. Warum? Körner hat zur Zeit der Freiheitskriege gegen Napoleon geschrieben, und Hölzger sammelte 1 Million Kronen für den Deutschen Schulverein! Damit aber auch die Ausländer, welche für die Sommermonate als Kurgäste erwartet werden, von der Kraft des Tschechentums überzeugt werden, geht man jetzt schnell noch den deutschen Badeorten zu Leibe. Nach den neuerlichen Maßnahmen müssen die in national gemischten Gegenden liegenden (lies: deutschen) Badeorte künftig als

„Badeorte mit tschechischem Charakter“

bezeichnet werden. Laut Regierungsverordnung müssen dort Strahlen und Plage ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl einer anderen als tschechischen (lies: deutschen) Nationalität an erster Stelle in der tschechischen Staatsprache bezeichnet werden. Die hiergegen von den Kurorten Karlsbad, Marienbad, Franzensbad und Teplitz erhobenen Rechtsmittel sind vom obersten Verwaltungsgerichtshof verworfen worden. Heute hat Marienbad tschechisch-deutsche Strahlenkarten, in den übrigen Badeorten ist dies nur noch eine Frage der Zeit.

Natürlich bleiben die Tschechen an solchen Keuschlichkeiten nicht haften, auf Grund des Schutzh Gesetzes sind sie auch ermächtigt, in die Tätigkeit der deutschen Gemeindevorstellungen einzugreifen. Nicht nur, daß sie bereits die Gemeindevertretung des Ortes Mupperdorf wie auch den Magistrat in Reichenberg aufgelöst haben, sie haben auch die Autonomie der Stadt Reichenberg selbst aufgehoben. In Böhmen gab es bisher drei autonome Städte, das heißt solche, deren Magistrate zugleich die Funktionen der politischen Behörde ausübten: Prag, Pilsen und Reichenberg. Den Tschechen war natürlich die Autonomie des deutschen Reichenberg schon längst ein Dorn im Auge. Durch eine im Vorjahre erfolgte Verstaatlichung der Polizei wurde diese schon bedeutend eingeschränkt, durch einen Erlass vom 6. April endlich gänzlich beseitigt. In den tschechischen Blättern konnte man schon seit längerer Zeit eine

systematische Hege gegen den Reichenberger Magistrat

verfolgen, die immer wieder auf neue in den Ruf nach Beseitigung der politischen Selbstverwaltung Reichenbergs ausklang. Der Erlass beruht sich ausdrücklich auf die zahlreichen Beschwerden, die erhoben haben, daß sich der Magistrat in Reichenberg bei seiner Amtsführung als politische Behörde grundtätig und ausschließlich in der deutschen Sprache bedient. Sätze der alte österreichische Staat, dessen Unzulässigkeit heute an allen Schulen der Republik als abstraktes Beispiel gelehrt werden muß, zu seiner Zeit die Stadt Prag wegen ihrer Sprachenpolitik mit ähnlicher Elle gemessen — von ihrer Autonomie und ihrem Magistrat wäre wohl wenig übrig geblieben. Der alte Liberalismus hat den Satz aufgestellt: Die Grundrechte des freien Staates ist die freie Gemeinde. Dieser Satz in drüben ins Grab gerufen. Die neuen Staaten mit ihren neuen Ideen brauchen keine freien Gemeinden mehr. Es reicht hin, wenn von der Freiheit geredet und der Beweis des Gegenteils unter Strafe gestellt wird. Der gegen Reichenberg geführte Streik war so von langer Hand vorbereitet, daß auch der Wille das System erkennen. Mit ihm gewinnen nämlich die Tschechen u. a. auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Erteilung von Befugnissen und Konzessionen. Schon machen sie Gebrauch von ihrem Rechte, die ihnen ihre rücksichtslose Minderheitenpolitik vordrängen. Wer in den letzten Sonntag einmal in Reichenberg den Aufmarsch der tschechischen Staatspolizei gegen die politischen Versammlungen des deutschen Bürgertums miterlebt hat, wer gesehen hat, wie vor wenigen Tagen seine Klage den Deutschen Kulturverband, in Reichenberg Straßen zu seiner diesjährigen Hauptversammlung betragen durfte; wer mit anfecht, wie die Tschechen aus dem alten tschechischen Versammlungsort Reichenberg eine tschechische Kongressstadt zu machen verstanden, indem sie tschechische Vereine aller Art in propagandierender Weise aus allen Winkeln der Republik zu Tagungen dahin verschickten, um gleichzeitig konstituierende deutsche Tagungen zu hindern; wer endlich hört, wie der Vorbestand des deutschen Stadttheaters in Reichenberg davon abhängig gemacht wird, daß das Theater während eines Teiles des Jahres einem tschechischen Unternehmer zur Veranstaltung tschechischer Vorstellungen zur Verfügung gestellt wird; der bekommt einen bitteren Vorgeschmack davon, wie sich die Stadt des deutschen Trostes (zu Zeiten Dostoffs) zwanzig Jahre nach der Errichtung der tschechischen Republik ausnehmen wird.

Weserharf geht drüben der Kampf ums Deutschtum.

Doch darüber wollen wir nicht täuschen: die deutschen Städte werden Horre des Deutschtums in Böhmen bleiben. Man kann heute unter dem Titel der sprachlichen Reintüte, morgen unter einem anderen Vorwande die Tschechisierung erzwingen, man mag die Fassaden aller Häuser mit tschechischen Farben antreiben und tschechische Sokolische in ihren Straßen abhalten: in ihrem Kerne bleiben sie deutsch, und die Deutschen werden auch künftig zu ihnen als den Mittelpunkten ihres geistigen und wirtschaftlichen Lebens krönen. Fl.

„Camont.“

Trauerpiel in 5 Aufzügen von Goethe.

Neueinstudierung im Schauspielhaus, 31. Mai 1923.

Goethes „Camont“ bleibt ein Musterbeispiel für den unvergänglichen Wert reiner Dichtung: ein undramatisches Drama, ein geschichtliches Stück, das zeitlos wirkt. Alles kraft der Poetik seiner Bilder und der Weisheit seiner Gedanken. Das Geheimnis seiner Dauer heißt: Sonne des Goethischen Wesens. Sie war durch das Gewölbe von Sturm und Drang durchgedrungen und strahlte rein und klar, als er das Werk, dessen Entstehung ein Duzend seiner Lebensjahre umfaßt, abschloß. Die Sonne aber bescheidet Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, trübt und betäubt sich darob nicht. Auch Goethes sonnenhaftes Auge betäubte sich nicht mehr, wenn es Vergangenes und Gegenwärtiges beschied. Die Lagen mit allen ihren Gegenwärtigkeiten unter ihm. Er sah, daß alles Wechselnde daselbe bleibt. Fünfzig Jahre nach Beginn der „Camont“-Dichtung erinnerte er sich, daß die revolutionären Samen, die er gesät hatte, sich im Jahrzehnt später büßlich in den Niederlanden wiederholt hatten. „Ich erlah daraus, daß die Welt immer dieselbe bleibt und daß meine Darstellung einiges Leben haben mußte.“ Sie hatte die Wahrheit höherer politischer Einsicht, die auf das Wort Albas: „Ein Volk bleibt immer kindisch“, die Antwort Camonts setz: „Wie selten kommt ein König zu Verstand.“ Der Weimaraner Staatsmann hatte regieren gelernt, und was ihm bei dieser Zutatung in Erkenntnissen aufgegeben war, das floß geklärt in die Gespräche der Regentin Margarete mit Madia-vell, Cranien mit Camont, Albas mit Camont, ein Buch politischer Dialoge, das Tyrannen wie Volksbeulicher zu allen Zeiten mit Nutzen studieren können.

Aber nicht die Staatsbeurteilung gegen dem Drama sein lebendiges Dauerleben, sondern das Beispiel der Tat. Camont ist gewiß kein Diplomat, aber er ist ein Held, wenn der so genannt werden darf, der für das aufrecht in den Tod geht, was sein Lebenswerk ist. Man spricht viel von Camonts Leichtfertigkeit und überließ dabei seine Gewinnhaftigkeit. Er ist nicht nur so etwas wie ein „heroischer Bonivant“, er ist ein Mensch voll Glauben an die Dauer der hohen Mächte des Guten, der Gerechtigkeit, des wahren Seelenabends. Weil er dem König nichts Schlechtes zuzutrauen vermag, acht er dessen Helfer arglos in die Falle. Wenn er sich aller bedrohlichen Gedanken „leicht entschlägt“, so nicht nur aus anaeborenem Leichtsinne, sondern aus Adel der Gesinnung, den er auch bei den Gegnern voraussetzt. Darum enthält sein Ausruf „Cranien!“ bei Verkündung des Todesurteils den tragischen Schrei seiner Seele und den Dinabsturz einer Sonnenwelt in die Finsternis des Abgrunds.

Aber auch Camonts politische-sittliche Katastrophe ist noch nicht das, was Goethes Dichtung in die Herzen arbt. Das sind vielmehr ihre rein poetischen, stimmungsbildenden Schönheiten. Das ist die Romantik der Liebe des Soldaten zum Mädchen des Volkes, das ist Albars Lust auf dem Lieben der Mädchen zur Heidin. Das ist die Güte des Albars gegenüber dem Volke, die als Liebe des Volkes wieder zu ihm zurückfließt. Das ist der stillige Sieg des Untergehenden über den Scheinheger. Das ist der ganze Reichtum Goethischen Sonnenwesens, der durch alle Szenen und Bilder fließt, als derbe Volksinn und Leid der Unterdrückten fühlbar wird, als bürgerliches Liebesidyll und erschütternder Areltos Albars Gestalt gewinnt, als Areltts Sehnsucht und Verheißung mit einer Siegesymphonie ins Unendliche mündet. Innere Musik bindet diese Bilderreihe, die nicht von der dramatischen Schlaafkraft kämpferischer Gegenstände gehindert wird, sondern von dem Lebensrhythmus und der schwebenden Melodie des eigenen Areltts bezaubert. „Arelt!“ Ein schönes Wort, wer's recht versteht! Nicht zu verliehen ist es nicht im Sinne der Albas, die zu allen Zeiten und in allen Regierungsformen die Welt verführten, sondern im Sinne der innerlichen Freiheit, die wie Camont und Albars vor dem Tode nicht aittern. Und darum spielt dies Werk nicht im Schatten der politischen Wirklichkeit, sondern im Sonnenlicht der reinen Menschlichkeit.

Das spielen mehr oder weniger alle klar, die es lieben mit allen seinen dramaturgischen und technischen Schwächen, die keiner so unerbittlich aufgedeckt hat wie Schiller. Dennoch leht nicht seine Bühnenbearbeitung weiter, sondern Goethes Dichtung auch auf der Bühne. Freilich, sie verlangt dazu sonnen Menschen. Wo gibt's heute noch Camont-Naturen im tiefbedachteten, verfinsterten Vaterland? Wo ist Aristokratie und Adel der Gesinnung? Die Albas haben zunächst das Wort. Aber Goethes Drama muß um so heller leuchten, auch wenn er selbst das von ihm darstellte Volk zu tief geduckt, zu schwächlich und nutzlos in den Schatten der Straßen Straßens adrdnnt hat. Die Bürger, die beim Schützenfest lübelten, verkrochen sich in alle Winkel.

Mit einem bestirrenden Bilde einer bis ins Letzte belebten Volksszene hatte der Spielleiter Paul Wiedle die Aufführung eröffnet. In immer unüberdämlicher werdende Dämmerung vererbte das hoffnungslosende Licht. Schon das Gesicht der Regentin erkannte man kaum im Halbdunkel ihres Zimmers und Albars Aufbruchsstimmung vollzog sich in schwarzer Finsternis, nicht in der „Dämmerung“ Goethes. Camont weite im Kerker wie in einer unachener schwarzen Höhle, in die nur von oben der bleibe bleibe Lichtglück fiel. Eine auf „malerische“ Wirkungen ausdehnde Reale hatte die lähmende Macht der Unlichtbarkeit unterdrückt, und dieser physische Irrtum wirkte zurück auf die seelische Stimmung des

Wanzen. Das Werk lastete, statt zu befreien. Wenn selbst Albars Erscheinung im Kerker keinen Glanz verbreitet, kann Camonts wie Goethes Sonnenkraft gegen die Mächte der Finsternis nicht aufkommen. So niederwühlend darf die spanische Besatzung doch nicht auf Brüffel drücken. Wie das dunkle Prag im „Golem“ fanden die Giebelhäuser tot und müßig da und die Umrisse der Kathedralen ruhten wie Nierenkugeln im Tämmer. Das war um viele Grade schlackiger. Das verlor das Schweregewicht der seelischen Kräfte der Dichtung. Die niederländische Welt unterlag hoffnungslos dem Joche Philipps. So meinte es weder Goethe noch die Geschichte. Es war aber auch rein äußerlich der Anteilnahme nicht günstig, denn im Theater will man sehen, was geschieht.

Ueber diesem unschwer abhebbaren Mikariff darf man nicht die gelungenen Zeiten der Rege Wiedles übersehen. Er hat mit Erfolg nach dramatischer Belebung besonders der großen Auseinandersetzungen getrebt und die Darsteller auf äußerer Dialogdurchdringung angepornt. Ein Meisterstück ersten Ranges ist ihm aber mit dem Schützenfest gelungen, in dem sich Einzelkämpfer und Gruppen zu einem wogenden, wechselnden, bunten, fröhlichen Getümmel ballen, in dem aber die niederländischen Volksachten des Bunt (Meyer), Rantum (Gunn), Zoch (Schöder), Jetter (Pent) als Stammführer nie untergehen. Von diesem Vorpiel aus versprach man sich für die weiteren Vorfällen viel; sie blieben aber gedrückt. Pontos Schänder war ein Musterstück an volkstümlichem Humor und persönlicher, unheimlicher Charakteristik. Adolf Müllers Schreiber Ranien ist, wenn das Gedächtnis nicht trügt, gegen früher hart ins Raub-bündische geraten, glühend vor Freude an Camont; eint war er treffender der dünne, rabulistische Winkelschloker.

Friedrich Lindner ist keine Camont-Natur. Er ist nicht sonmig und nicht elegant, nicht leichtblütig und nicht optimistisch, keine Kavallerieerziehung und kein Renalface-mensch. Das alles müßte einer in sich und an sich haben, wenn er ein vollendeter Camont sein wollte; dazu sogar noch einen langen Hals. Was man nicht hat, kann man sich selbst nicht geben, man kann es nur erkröben oder vorläuden. Was gelodertes Spiel, Wille zur Leichtgläubigkeit, joviale Tonart davon erröchen können, ferie der Künstler mit heiligem Remmen ein. So zwang er seinem Wesen wunden Camont-Ton ab. Im ganzen lagen auch auf ihm Schatten und Verunreinigung und oft sogar Wignut. Dafür trat jener ernste Kern des nicht nur leichtlebigen, sondern gefinnungsstreuen Adelsmenschen schön und fest heraus; im Gespräch mit Cranien, mit Albas, mehr noch im Kerker erwuchs die Gestalt eines bewußten Taimenschen, eines zum Tode bereiten Soldaten. Als Liebhaber bei Albars freilich bemerke seine verhandelsklare,

Die 150 Dresdner Tagblätter, 2. Juni 1923 Seite 3

# Vertilches und Sächliches.

## Gedenkt weiter der schwer leidenden Ruhrbevölkerung!

Bei der Sammelstelle der „Dresdner Nachrichten“ gingen gestern für die Ruhrhilfe folgende Beträge ein:  
Unbekannt 3000 Mk.; Generalleutnant a. D. Zahn, vierter Platz, 10 000 Mk.; H. G. H., Stammtisch Dienholds Hotel, 15. Platz, 10 000 Mk.; Carl Br. 2000 Mk.  
Weitere Spenden erbeten an die Hauptstellenstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstraße 38, Erdgeschoss.

### Aus den Landtagsausschüssen.

#### Der Ausbau der Wasserkräfte in Sachsen.

In der letzten Sitzung des Haushaltungsausschusses B des Landtages wurde die Frage des Ausbaues der Wasserkräfte und die damit verbundene Frage der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Erwerbslose beraten. Vertreter der Regierung erklärten, daß alle Möglichkeiten, Wasserkräften Anlagen zu schaffen, bearbeitet würden, und daß schon fertige Pläne vorliegen für Anlagen in Borsdorf, Silberstraße, Aue, Niederwiesenthal, Rochlitz, Schönbach, Naumburg, Riesa und Meißen. Es wurde darauf hingewiesen, daß man auch eine Anzahl kleinerer Projekte unternehmen müsse, deren Ausführung zunächst noch am Widerstand einzelner Anlieger scheiterte. Wenn man würde die Anlagen in Vauter, Weiditz bei Rochlitz, Penitz, Dippoldiswalde, Vauenthal bei Wittweida und Treuenbrietzen. Auf einen Einwurf von der linken Seite, die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ausnutzungsmöglichkeit der Wasserkräfte seien zweifellos, wurde festgestellt, daß diese Untersuchungen ergeben haben, daß noch mehrere hunderttausend Pferdeträfte in Sachsen gewonnen werden können. Weiter wurde mitgeteilt, daß von den in Frage kommenden Bezirkeverbänden eine Requirierung der Höder unterhalb Hadeburg und der Mandau bei Salmthalde vorgeschlagen ist, wozu der Staat allerdings erhebliche Mittel beisteuern müsse. Der Ausschuss kam schließlich zu der Überzeugung, daß über diese Fragen, sowie überhaupt über den Ausbau der werbenden Unternehmungen des Staates erst dann Entscheidung gefaßt werden kann, wenn man weiß, ob und wie die dazu nötigen Mittel aufgebracht werden können. Hierüber soll in nächster Woche eine allgemeine Aussprache mit dem Finanzminister und dem Arbeitsminister erfolgen.

Der Haushaltungsausschuss Dresden des Landtages behandelte am Donnerstag den in der letzten Landtagssitzung von den Kommunisten eingebrachten

### Tringlichkeitsantrag über die Erwerbslosenfürsorge.

Nach längerer Aussprache, an der sich der Arbeitsminister und ein Vertreter des Finanzministeriums beteiligten, die darauf hinwies, daß Erwerbslosen im Gange seien zur Beschaffung von Mitteln und zur Vereinfachung weiterer Produktionsbedingungen, wurde der Antrag mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionen angenommen und der Sozialisten für erledigt erklärt.

### Elternratswahlen.

Das Ministerium des Innern und öffentlichen Unterrichts hat einen nachgelassenen Dispens für den Ausfall der diesjährigen Elternratswahlen an den hiesigen Volks- und Hilfsschulen erteilt. Es ist deshalb beschlossen worden, die Elternratswahlen an den hiesigen Volks- und Hilfsschulen auf Sonntag, den 17. Juni, festzusetzen. Die Wahl hat in den Stunden von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zu erfolgen und findet in den von den Kindern besuchten Schulen statt.

Soweit nur ein gültiger Wahlvorstand vorliegt, erbringt sich die Wahl. Die Vorschläge gelten in diesen Fällen als gewählt. Die öffentliche Auslegung der Wahllisten erfolgt vom 4. bis 9. Juni in den Schulen während der Sprechstunden der Schulleiter. Die Wahlvorstände sind höchstens zehn Tage vor der Wahl bei dem Wahlvorstand an Händen des Wahlrichters einzuliefern. Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier und 12 x 12 cm groß sein.

### Essener Sänger in Dresden

9. bis 14. Juni.

Der Männerchor „Männerquartett“ aus Essen, umfaßt 150 Personen, mehrfach preisgekrönt, trifft am 9. Juni hier ein, gibt am gleichen Tage im Gewerbehause ein großes Konzert im Rahmen der Jubiläum, am Sonntag darauf ein ebenfalls im Park des Waldschloßes. Vormittags 11 Uhr besuchen die Essener die Messe in der katholischen Kirche, zur Aufführung kommt Pembours „Missa solenne“. Der Morgen ist einem Ausflug in die Sächsische Schweiz gewidmet. Dienstagabend Konzert im Vinschloßbade. Die Essener Sänger erbitten schon heute rege Teilnahme und Unterstützung für ihre arme Heimat und werden sich darin nicht täuschen. Alles wird ihren Verdiensten mit Interesse entgegengebracht. Preisgärtner auf 3 bis 4 Nächte erbietet im Auftrage des vorbereitenden Ausschusses Ullrich, Villinger Straße 57, Fernruf 11077.

in väterliche Rechte gehende Art den freien Strom des Wlücks empfindend. Sah man nicht Goethes hochgerechten, flegelwähren, kräftigen freien Aristokraten, so doch einen selbstständigen, edlen, hochgeachteten, beweglichen und tief bewegten Volksfreund.

Antonia Dietrichs Märchen hat Jugend und Lieblichkeit von vornherein für sich, aber auch die Reife der Seele. Sie ist zwar nicht inabenhaft frisch, nicht ganz unfermentalisch, aber wie geküßt von ihrer Liebe. Dies Dingen und Wogen in schwebender Bein wie das himmelhoch Juchzen war Goethische Liebeswärme. In der Entfaltung des Heldischen hemmt sie noch ein Mangel an Modulationsfähigkeit ihrer Stimme.

Clara Salbachs mütterliche Prachtgehalt der Margarete von Parma trug zwar nicht die volle hohe Adonishöhe, wie einst die Ulrich, aber offenbar ein sorgvolles, großes, edles Herz. Pothar Wehnerts Derpa Alida war keines der üblichen Theateridole, sondern eine Figur von historischem Umriß und politischer Bedeutung. Alexander Dietrichs Machiavel, Timofers Ferdinand, Decarils Dranien, Poffes Geheimtäter, Lewinskys Silva füllten mit haltungsvollen Gestalten den politischen Hintergrund. Auf der Bürgerseite standen noch Paul Paulens Prodenburg mit zurückhaltender Liebesverweilung und Luise Fülle mit hübscher Zeichnung der unerschlossenen Haltung von Märchens Mutter. An geschickten Bemerkungen der dramatischen und stimmungshaltigen Momente war Vieles Spieltheater nicht arm. Die Schuf uns eine „Camont“-Aufführung, die auf klassischer Tradition ruhend, zur gefühlsmächtigen Natürllichkeit eines psychologischen Stils strebt und aus dem geschichtlichen Untergrund das Poetische ins Licht zu heben trachtet, noch nicht ganz reichlich über die dunklen Mächte. Die Musik Beethovens sprachte hell darüber. Ungewöhnlich herzlich und andauernd war der Beifall, mit dem man am Schluß Andrer, die Dietrich, Wiede und Busch immer wieder hervorrief.

Dr. Felix Zimmermann.

Zu Goethe gehört im Falle „Camont“ auch Beethoven. Es war nicht das letzte Verdienst der in Rede stehenden Reinschreibung, daß sie Beethovens Musik dem Drama in der gebotenen Form unter persönlicher Obhut des Generalmusikdirektors Busch einführte. Freilich bedeutete das andererseits auch eine Erleichterung der Probleme der Aufführung. Denn eine „Schauinspiel“- im Weismode von 1809, und sei sie von Beethoven geschaffen, ist uns im heute gewohnten Rahmen des gesprochenen Dramas ein Fremdkörper. Das gilt nicht von der Ouvertüre. Sie, ein sinfonischer Prolog von acht Beethoven'scher Größe, gibt die Tragik des Stoffes idealer

### Der Verband für Jugendhilfe

hatte am Donnerstag im großen Verhandlungsaal des Rathhauses Arnhold seine Hauptversammlung. Präsident Dr. Becker, der Vorsitzende des Verbandes, erstattete den Geschäftsbericht; die Unterhaltung seiner zahlreichen Freunde hat es dem Verband, wie der Redner ausführte, ermöglicht, auch nach der Verlegung der Geschäftsstelle aus dem Amtsgericht seine Arbeit fortzusetzen. In welchem Umfang dies geschehen ist, lehrten die Zahlen des Berichts, 1977 Fälle sind im Jahre 1922 bearbeitet worden, davon 478 speziell sächsische. In 506 Fällen hatte die Jugendgerichtshilfe eingegriffen; der Verband vertrat 341 Jugendliche in der Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht, 80 vor der Jugendkammer; die Schulaufsicht über Jugendliche übernahm er in 24 Fällen. Die Landesgruppe Sachsen ließ sich besonders die Fürsorge für die kraftlose Jugend, die von Dresden ab- oder dorthin zu wandern, angelegen sein. In Dinslaff der Kreispauschale war der Verband seinerzeit bahnbrechend in Deutschland vorgegangen; im Berichtsjahre mußte er seine Tätigkeit nach dieser Richtung hin einschränken; die Einhebung der kleinen Wochenbeiträge erwies sich unter den veränderten Verhältnissen auf die Länge als undurchführbar. Das Unternehmen selbst wird aufrechterhalten; die öffentliche Lebensversicherungsanstalt der sächsischen Sparkassen hat die weitere Fürsorge übernommen. Die einmaligen Beiträge der Kreispauschale wird der Verband zu gegebener Zeit verteilen; bemerkenswert ist dabei der Bescheid der Hauptverwaltung, für die Anlage des Geldes auch gut fundierte Indikatoren in Aussicht zu nehmen, um mit der Geldentwertung wenigstens einigermaßen Schritt zu halten.

Die Versammlung erledigte im Anschluß an den Geschäftsbericht die übrigen Punkte der Tagesordnung; dem Arbeitsausschuss wurde Entlastung erteilt, seine Rechnungsabführung richtiggelesen. Harrer Fliegel, der Staatsbeauftragte für die Strafenlosenfürsorge, sprach darauf über

### Gegenwartsaufgaben der Strafenlosensfürsorge.

Die Arbeit, die Löhne, Mittel- und Jährerlosigkeit der Strafenlosens sind die Beweggründe, die ihn oftmals dem Verbrechen von neuem in die Arme treiben. Hier hat denn die freie Arbeitstätigkeit zu tun wie die staatliche Fürsorge für Feld; im Hauptansehen des Säch. Schutzvereins für Strafenlosens haben die beiden sich zu gemeinsamen Wirken gefunden. Zunächst schaffen sie dem Entlassenen Arbeit und ein Gehalt, damit er sich Arbeitgelegenheit suchen kann. Dann kommt die Einrichtung von Arbeitsstätten in Frage; das große Ziel ist die Wiedereingliederung des Entlassenen ins Leben, in Haus und Familie. Es bedarf dazu des Eingehens auf die Eigenart des ehemaligen Strafgefangenen; nebenamtlich beschäftigte Vereinsbeamte nehmen die individuelle Führung wahr. Der fesselnde Vortrag fand harten Beifall.

### Stenographenlagung in Werdau.

Zum ersten Male seit seinem 68-jährigen Weichen hielt der Sächsische Landesverband Wabellberger seine Hauptversammlung in der industriereichen alten Reichstadt Werdau ab. Aus allen Teilen des Sachsenlandes hatte sich trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse eine unerwartet große Teilnehmerzahl in der feucht geschwundenen Stadt versammelt. Schon die Vertreterversammlung am Sonntag war von etwa 50 Personen besucht. Die von Verbandsvorsitzenden Heilmann Dr. Wauerer, Dresden geleitete Tagung nahm einen recht befriedigenden Verlauf. Aus den Berichten ging hervor, daß die Geschäftsstrenographenprüfungen im letzten Jahre erstmalig von den Handelskammern abgenommen worden sind. Im ganzen hatten sich dazu 281 Stenographen gemeldet. Zur Förderung des Interesses an der Stenographie wurde ein Antrag auf Abhaltung von Vorkursprüfungen angenommen. Er bezieht, die großen, in der Bibliothek des Stenographischen Verbandes, schimmernden Werte 22 000 Mark mit der Praxis in Verbindung zu bringen. Einmütig wurde beschlossen, die sächsische Staatsregierung um Einführung des Stenographie-Unterrichts als Pflichtfach an den höheren Schulen mit zweijähriger Unterrichtsauer von wöchentlich zwei Stunden zu ersuchen. In diesem Monat waren 50 Jahre seit Einführung des fakultativen Unterrichts an diesen Schulen vergangen.

Die Preisansprüche hatten recht gute Ergebnisse. In den vier Abteilungen (siehe Abteilungs-Aufsatz „Wie könnte die Stenographie bei den sächsischen Behörden noch mehr verwendet werden?“) konnten von 127 eingegangenen Arbeiten 95 ausgezeichnet werden, wovon 14 auf Dresden entfielen. Beifall fand die Mitteilung, daß die Reichstadt für Ehrenpreise den sächsischen Betrag von 107 200 Mk. angedacht hat. Eine Kommission für die Clemens-Albert-Stiftung erob 100 000 Mk. Während der Tagung erschien der Bundesvorsitzende Vene aus Braunschweig. Er wurde herzlich begrüßt und gab im Laufe des Abends neben anderen interessanten Mitteilungen ein Bild über die letzten Vorgänge zur Schaffung einer Einheitsstenoographie. Hierzu wurde eine Entschickung angenommen, wonach die sächsischen Staats- und Reichsbehörden, sowie Parlamente ersucht werden, sich nachdrücklich für die Schaffung einer Einheitsstenoographie einzusetzen. Am Sonntag morgen sah man 300 Beifahrer im Schulsaal. Zu Mittag küßte sich

die große Festhalle des Schützenhauses zur öffentlichen Hauptversammlung. Das Stadtoberhaupt Bürgermeister Rudolph sprach Worte der Begrüßung für die Stadt und den sehngedenden Verein, Regierungsrat Schaffrath für die Amtshauptmannschaft, Oberlandesdirektor Dr. Eilers für die Verbandsmannschaft, die hervorragende Stellung Sachsens in der Schule Wabellberger, die sich nicht nur durch die Zahl der Mitglieder, sondern vor allem durch die Intensität der Arbeit auszeichnet. Aus den folgenden Berichten ist zu ersehen, daß der Verband jetzt 300 Vereine mit 35 000 Mitgliedern (3200 mehr als im Vorjahre) zählt. Unterrichtet werden 58 000 (4000 mehr als 1921) Mitglieder. Als besondere Erfolge wurden angeführt die Ministerialverordnung, durch die von sämtlichen Beamten die Kenntnis der Stenographie gefordert wird, und die Einführung der Stenographielehrerprüfungen an der Universität Leipzig. Es bedeutet dies die erste solche Prüfung an einer deutschen Universität. Die Kassenrechnung, die höchste Auszeichnung des Verbandes, wurde im vergangenen Jahre an neun verdiente Männer, darunter Professor Greshel-Dresden und Andreas-Dresden, vergeben. Nunmehr erhielt das Ehrenmitglied des Verbandes Regierungsrat Professor Albert-Tresden das Recht zu seinem Vortrag „Stele und Wege“, mit dem er lauten Beifall erntete. Der Vorstand wurde einstimmig auf zwei Jahre wiedergewählt. Nächster Tagungsort ist Wittenberg.

Am Abend vereinte man sich in einem Konners, der mit der 50-Jahrsfeier des Werdauer Stenographenvereins verbunden war.

### Zu dem Skelettfund am Wilden Mann

wird von der Kriminalpolizei noch folgendes berichtet: Bei der Ausgrabung des Skeletts wurden von der Kriminalpolizei einige kleine Leinwandstücke aufgefunden, unter denen in gewöhnlichem Zustande ein Stück von einem Unterarm eines Menschen zu erkennen war. Das Bündchen des Kermelstückes war so eng, daß es anseheine von einem Knaben oder Mädchen herrührte. Da der Kriminalpolizei vor drei Jahren das Verschwinden eines Knaben, des

### Volkschützen Moser,

angezeigt worden war, dessen Aufenthalt bisher nicht ermittelt werden konnte, legte sie das aufgefundenen Kermelstück der Mutter des Moser vor. Diese hatte kurz vor dem Verschwinden ihres Sohnes dessen Hemden ausgebleicht und verknüpft und erkannte an dem ihr vorgelegten Kermelstück sofort zwei gefundene Hemden wieder. Ein Vergleich des aufgefundenen Kermelstückes mit den übrigen noch im Besitze der Frau Moser befindlichen Hemden ihres vermissten Sohnes ergab auch eine ganz auffällige Übereinstimmung der Hemdenstücke und der Knopflöcherarbeit. Auch der Vater des Moser fand bei Vortragung des aufgefundenen Skeletts an dessen Form sowie an einigen Zähnen eine große Übereinstimmung mit den Formen seines vermissten Sohnes, so daß kein Zweifel mehr bestehen kann, daß das aufgefundenen Skelett das des vermissten Moser ist. Dieser hat sich am 4. April 1922 nachmittags 3,30 Uhr aus der elterlichen Wohnung Wöhlerstraße 1a entfernt, um nach dem Garuffell am Straßenbahnkopf Wittenberg zu gehen. Einige Schulkameraden haben ihn dort auch bis gegen 7 Uhr abends gesehen. Nach ihren Angaben ist Moser um diese Zeit von einem unbekannten Radfahrer angeprochen worden, hat sich an der Miesstraße auf die Lenktafel des Motorrades gesetzt und ist von dem unbekannten Radfahrer, der die Miesstraße entlang und dann die Tschaldersstraße landwärts gefahren ist, mitgenommen worden.

### Der unbekannte Radfahrer

wurde feinerzeit wie folgt beschrieben: Etwa 18 bis 19 Jahre alt (heute also 21 bis 22 Jahre), gebräuntes, bartloses Gesicht, etwa 1,65 m groß, untere Gekalt, bekleidet mit dunklem Radetzanzug und dunkelgrauem Helm (Schweder), eine Klemmpetise hoch, die andere niedergebunden. Dieser Unbekannte soll sich, bevor er an Moser herangeritten ist, einige Zeit im Sportplatzrestaurant aufgehalten haben. Die Kriminalpolizei bittet um alle Angaben, die zur Ermittlung dieses unbekannten Radfahrers oder sonstige zur Aufklärung dieses Falles führen können. Für Ermittlung des Täters wird eine

### hohe Belohnung

zugewendet.

— Neue Notare. Die Rechtsanwälte Dr. Richard Oskar Großke und Dr. Ewald Martin Walter Linke sind zu Notaren für Dresden auf so lange Zeit, als sie hier ihren Amtssitz haben werden, ernannt worden.

— Ueber die Bewertung der Natural- und Sachbezüge, sowie der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn erläßt das Landesfinanzamt am vorliegenden Anzeigentage eine Bekanntmachung.

— Das Dresdner Heim in Oberwiesenthal abgebrannt? Am achtigen Freitag gegen Mittag brach in dem dem Verein für Volksbühnen gehörigen, am Lehngrunde bei Oberwiesenthal gelegenen Dresdner Heim, das gegenwärtig vom Dresdner Jugendamt zur Unterbringung von flehzig Kindern abgemietet worden ist, Großfeuer aus, das die Gebäude in Asche gelegt haben soll. Kinder sollen nicht zu Schaden gekommen sein. Einzelheiten fehlen noch.

### Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theaterplan für heute. Opernhaus: „Diebald“ (7). Schauspielhaus: „Romeo und Julia“ (7). Reichshäuser Schauspielhaus: „Redda Gahler“ (7). Hoftheater: „Die Bolabere“ (7). Central-Theater: „Der Wühler der Järin“ (7).

† Wochen-Spielplan der Staatstheater. Opernhaus: Sonntag: „Der Negerbaron“ (7). Montag: „Boris Gobunow“ (7). Dienstag: „Der Wühler“ (7). Mittwoch: „Violetta“ (7). Donnerstag: „Verein Dresdner Volksbühne“ (7). Freitag: „Die Wärtnerin aus Venedig“ (7). Samstag: „Boris Gobunow“ (7). Sonntag: „Die Negerbaron“ (7). Sonntag (10.): „Tannhäuser“ (7). Montag (11.): „Verein Dresdner Volksbühne: „Tosca“ (7).

Schauspielhaus. Sonntag vormittag 11 Uhr: Aufführung der Waman-Schule; abends: „Camont“ (7). Montag: „Don Carlos“ (9). Dienstag: „Mausfang“ (7). Mittwoch: „Rater Lampe“ (7). Donnerstag (zum ersten Male): „Fräulein Julie“; „Mit dem Feuer spielen“ (7). Freitag: „College Crampion“ (7). Samstag: „Fräulein Julie“; „Mit dem Feuer spielen“ (7). Sonntag (10.): „Camont“ (7). Montag (11.): „Der König“ (7).

† Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Morgen Sonntag (7) Johann Strauß „Jäger und Bauer“ mit Richard Tauber (Sänger Barinfa), Ellshäber Reichberg (Sopran), ferner Ludw. Ermold (Kolonel), Robert Hübel (Conte Carnero), Willy Stebban (Arten), Hanns Vange (Dottor), Elfriede Haberborn (Cajira). Ballet-Einlage mit Suzanne Tombois und Walter Streibewitz. Musikalische Leitung: Kurt Strickler, Spielleitung: Georg Toller. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden.

Schauspielhaus: Goethe „Camont“ (mit der Musik von Beethoven) wird in der neuen Inszenierung am morgigen Sonntag (7) zum erstenmal wiederholt. Die Besetzung ist unverändert. Spielleitung: Paul Wiede. Musikalische Leitung: Fritz Busch.

† Spielplan des Reichshäuser Schauspielhauses vom 2. bis 11. Juni. Sonntag (2.), um 10. Uhr: Die Vollerne des Königs (Wühler) (10.000). Montag (3.): „Der fähne Schwimmer“ (10.000 bis 10.000). Dienstag: „Redda Gahler“ (10.000 bis 7000). Mittwoch: „Der fähne Schwimmer“ (12.000 bis 12.000). Donnerstag: „Angend“ (10.000 bis 10.000). Freitag: „Redda Gahler“ (11.000 bis 10.000). Sonnabend: „Angend“ (12.000 bis 10.000). Sonntag (10.): „Der fähne Schwimmer“. Montag (11.): „Wühler des Königs“ (10.000).

† Bühnensozialbund. Der Vorstellungsausschuss beträgt jetzt 2000 Mk.

Dr. Eugen Schmitz.















